



EUROPA-AKTUELL

Reimer Böge

Mitglied des Europäischen Parlaments

September/Oktober 2009



Liebe Leserinnen und Leser,

in den vergangenen Wochen gab es erfreuliche Entwicklungen von regionaler, nationaler und europäischer Bedeutung. Die großen Koalitionen konnten in Schleswig-Holstein und auf Bundesebene beendet werden. Nun ist in Kiel und Berlin der Weg frei für eine neue, christdemokratisch-liberale Koalition. Auch auf europäischer Ebene gab es erfreuliche Entwicklungen. Die große Mehrheit der irischen Wähler stimmte in einem Referendum für den Reformvertrag von Lissabon. Nachdem nun auch der tschechische Präsident Vaclav Klaus als letztes Staatsoberhaupt von 27 EU-Ländern den Lissabon-Vertrag unterschrieben hat, kann dieser nun zum 1. Dezember europaweit in Kraft treten. Damit nimmt die EU wieder Fahrt auf. Der neue Vertrag wird die EU bürgernäher, demokratischer und effektiver machen. Die reformierte und gestärkte EU wird nicht nur einen Außenminister, der als "Hoher Beauftragter für Außen- und Sicherheitspolitik" bezeichnet werden wird, sondern auch einen Auswärtigen Dienst (EAD) erhalten. Damit wird die EU ihr Gewicht in der Welt verstärken.

Es lassen sich so besser gemeinsame Interessen bündeln und die EU wird zukünftig mit Botschaften, die diplomatischen Status haben, überall auf der Welt vertreten sein. Künftig können die EU-Botschaften in Übersee auch konsularische Aufgaben wie Visumsvergabe oder Hilfen für EU-Bürger übernehmen. Ein konkreter Nutzen für alle Bürger, die bislang lange Wege in Kauf nehmen mussten.

In den vergangenen Tagen und Wochen habe ich mich dafür eingesetzt, dass der geplante Europäische Auswärtige Dienst Teil des Aufbaus der Kommission und durch den EU-Haushalt finanziert wird. Nur so lässt sich die parlamentarische Kontrolle durch das Parlament gewährleisten. Das Plenum in Straßburg ist mit einem am 22.10.2009 abgestimmten Entschließungsantrag (Bericht Brok) dieser Auffassung gefolgt. In den kommenden Wochen werden wir mit Rat und Kommission über die Anpassung aller Haushaltsvereinbarungen verhandeln.

Ihr

Reimer Böge

Ausgewählte Themen der letzten Plenartagungen in Straßburg/ Brüssel

Neue Legislaturperiode, neue EU-Kommission

Wer tritt an? Noch sind die Kandidaten für die neue EU-Kommission größtenteils unbekannt.

Nach den Wahlen hat Kommissionspräsident José Barroso den Fraktionen des Europaparlaments sein politisches Programm vorgestellt. Am 16. September bestätigte ihn das Plenum für eine zweite Amtszeit. Nun sind die Mitgliedsstaaten am Zug: In den kommenden Wochen geht es darum, das komplette Team zusammenzustellen, das die Kommission in den nächsten 5 Jahren gemeinsam leiten wird. Das Parlament bereitet derweil die Anhörungen vor, mit denen die Eignung der Kandidaten geprüft werden wird.

Sofern der Lissabon-Vertrag in Kraft tritt, können abgesehen von Portugal (woher Barroso kommt) die Mitgliedsstaaten allesamt einen Mann oder eine Frau für die EU-Kommission vorschlagen. Der zur Zeit noch gültige Vertrag von Nizza sieht hingegen eine Verkleinerung der Kommissionsspitze vor. Barroso und die Mitgliedsstaaten müssen sich in der Folge verständigen, welches Ressort sie den nominierten Kandidaten zuteilen wollen. Die Priorität dieser Auswahl liegt beim Kommissionspräsidenten. Wenn die komplette Liste feststeht, ist dann wieder das Europäische Parlament am Zuge.

Das Parlament kann das so genannte Kollegium der Kommission (d.h. die 27 Kommissare und Kommissarinnen) – einschließlich des neuen Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik – insgesamt ablehnen oder bestätigen. Der neue Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik wird gleichzeitig auch der erste Vizepräsident der EU-Kommission sein.

Parlament prüft Kandidaten für neue Kommission auf Herz und Nieren

Um diese Entscheidung vorzubereiten, führen die 20 Fachausschüsse des Europaparlaments in den Wochen vor der Abstimmung Anhörungen mit allen Kandidaten durch, um deren allgemeine und fachliche Eignung zu überprüfen.

In der Vergangenheit ist es schon vorgekommen, dass Kandidaten bereits vor Anhörungen zurückgezogen worden sind. So geschah es vor fünf Jahren, als sich José Manuel Barroso gezwungen sah, dem ungarischen Kandidaten einen anderen Aufgabenbereich zuzuweisen, während der italienische Kandidat und die lettische Kandidatin den Rückzug antraten, weil andernfalls die Bestätigung des Barroso-Teams höchst unwahrscheinlich gewesen wäre.

Das Verfahren Schritt für Schritt:

- Mitgliedstaaten schlagen Kommissionsmitglieder vor.
- Der Rat (die Vertretung der Regierungen) nimmt mit qualifizierter Mehrheit und im Einvernehmen mit dem bereits designierten und vom Parlament bestätigten Kommissionspräsidenten die Liste aller Kommissionsmitglieder an.
- Die Kandidaten beantworten schriftliche Fragen allgemeiner und fachlicher Art der EU-Parlamentarier.
- Die Fachausschüsse des Europaparlaments organisieren öffentliche Anhörungen mit allen Kommissionsanwärtern, um die persönliche, europapolitische und ressortspezifische Eignung der Kandidaten sowie deren Unabhängigkeit zu überprüfen.
- Die Fachausschüsse und die Fraktionen werten die Anhörungen aus.
- Debatte im Plenum und Abstimmung über das Kommissionskollegium

Eine Neuverteilung von Zuständigkeiten unter den Anwärtern oder auch das Auswechseln eines Kandidaten ist jederzeit bis zur Plenarabstimmung möglich.

Einsetzung eines Sonderausschusses zur Finanz- und Wirtschaftskrise

Das Parlament hat beschlossen, einen Sonderausschuss zur Finanz- und Wirtschaftskrise einzusetzen. Die 45 Mitglieder des Ausschusses werden in den nächsten zwölf Monaten das Ausmaß und die Auswirkungen der Krise in den Mitgliedstaaten untersuchen und Maßnahmen zum Wiederaufbau stabiler Finanzmärkte vorschlagen.

"Wir sollten Lehren aus dieser Finanz- und Wirtschaftskrise ziehen, um sicherzustellen, dass sie sich nicht wiederholt. Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments müssen die Effektivität der

Maßnahmen beurteilen, die die EU und ihre Mitgliedstaaten zur Linderung der Finanzkrise getroffen haben. Der neue Ausschuss des Europäischen Parlaments wird als ein wichtiges Forum dafür dienen", sagte EP-Präsident Jerzy Buzek.

Die Amtszeit des Sonderausschusses beginnt am 8. Oktober 2009. Seine Untersuchungsergebnisse werden in zwei Berichten vorgelegt werden: der erste nach sechs Monaten und der zweite am Ende des Mandats mit Empfehlungen für Maßnahmen.

Der Ausschuss wird Anhörungen unter anderem mit den Sozialpartnern, Experten, Vertretern von Industrie, Regierungen und nationalen Parlamenten organisieren. An der legislativen Arbeit der ständigen Ausschüsse wird sich der Sonderausschuss beteiligen, indem er Stellungnahmen verfasst.

Schlankheitskur nach 30 Jahren: EU-Parlament verabschiedet neue Vogelschutzrichtlinie

Die EU-Vogelschutz-Richtlinie von 1979 ist der älteste gemeinschaftliche Rechtsakt im Bereich Natur- und Umweltrecht, der noch in Kraft ist. Die Richtlinie schützt Dutzende von bedrohten, wild lebenden Vogelarten. Das Europaparlament hat am Dienstag dem 30jährigen Gesetz ein Lifting verpasst. Die Vogelschutz-Richtlinie listet Dutzende von Wildvögeln auf, die in der gesamten EU unter besonderen Schutz gestellt werden, darunter etwa der eurasische Kranich, der Eistaucher, die Waldschnepfe oder auch der Rennvogel.

Die Richtlinie verpflichtet die EU-Länder dazu, die aufgelisteten Vogelarten besonders zu schützen und u.a. ihre Jagd zu verbieten. Auch sonstige Tötungen der Tiere und das Entnehmen oder Zerstören ihrer Eier und Nester wird durch die Richtlinie genauso verboten wie Störungen, wenn die Tiere brüten. Auch sieht die Richtlinie vor, dass besondere Vogelschutz-Gebiete eingerichtet werden und Lebensräume renaturalisiert werden, denn die Wildvögel werden nicht nur durch Jagd bedroht, sondern auch durch Zersiedelung, Urbanisierung und Industrialisierung ihrer Lebensräume.

Bei dem vom Parlament angenommenen Rechtsakt handelt es sich um eine „kodifizierte“ Version der Richtlinie. Als Kodifizierung bezeichnet man im Europarecht die Zusammenfassung eines ursprünglichen Rechtsaktes (oder mehrerer Rechtsakte) und aller nachfolgenden Änderungen des ursprünglichen Rechtsaktes in einem einzigen neuen Rechtsakt.

Durch die Kodifizierung soll das Europarecht schlanker und einfacher zugänglich gemacht werden, weil vermieden wird, dass man zum Verständnis der Rechtslage eine Vielzahl von Rechtstexten – beispielsweise die ursprüngliche Vogelschutz-Richtlinie und alle in den 30 Jahren seit ihrer Verabschiedung erfolgten einzelnen Änderungen – zu Rate ziehen muss.



Die Vogelschutzrichtlinie listet ihn zwar nicht als besonders gefährdet, aber von Schutzgebieten für Wildvögel profitiert auch der Mäusebussard

(Bild: Europäisches Parlament)

Debatte über Klimaverhandlungen in Kopenhagen

Vor dem Beginn der Klimaverhandlungen in Kopenhagen debattierte das Europäische Parlament mit EU-Kommission und Rat über die Bekämpfung des Klimawandels. Auf der Kopenhagener Klimakonferenz soll im Dezember ein Nachfolgeabkommen für das auslaufende Kyoto-Protokoll zur Reduzierung des Ausstoßes von schädlichen Treibhausgasen verhandelt werden. Dazu soll es auch eine Entschließung des Umweltausschusses unter Mitarbeit des Entwicklungsausschusses geben, die auf der Plenartagung im November abgestimmt wird. Der Co-Koordinator der EVP-Fraktion im Umweltausschuss und ehemalige Berichterstatter des Europäischen Parlaments zum Emissionshandel im Flugverkehr Peter Liese (CDU), sowie der Berichterstatter des EP-Sonderausschusses Klimaschutz Karl-Heinz Florenz (CDU) betonen die Notwendigkeit eines Kompromisses aller EU-Staaten. Ohne die USA oder China sei die Bekämpfung des Klimawandels zum Scheitern verurteilt.

Dazu müsse die Europäische Union auf die Entwicklungsländer zugehen. Allerdings warnten Liese und Florenz vor der Nennung konkreter Zahlen über EU-Gelder für die Länder der Dritten Welt. Zuerst müsse feststehen, wofür und unter welchen Umständen die Gelder verwendet werden. Zudem müssten alle Teile der Wirtschaft und alle Mitgliedstaaten einen Beitrag leisten. Der Vorsitzende des Industrieausschusses, Herbert Reul (CDU) warnte dagegen vor übertriebenen Zielen im Kampf gegen den Klimawandel. Europäische Alleingänge würden die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie gefährden. Reul: "Es wäre fatal, wenn nur in Europa strenge Umweltstandards gelten und die Industrie somit in andere Regionen abwandert. Damit wäre weder dem Klimaschutz noch der europäischen Wirtschaft geholfen!"

5,5 Millionen Euro für entlassene Nokia-Mitarbeiter

Entlassene Mitarbeiter des Nokia-Werks in Bochum sollen EU-Gelder für Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen bekommen. Das Europäische Parlament stimmte dafür über einen Vorschlag des Haushaltsausschusses ab, insgesamt 5,5 Millionen Euro bereit zu stellen. Das Geld soll aus dem EU-Globalisierungsfonds bereitgestellt werden. Der Berichterstatter Reimer Böge (CDU): "Mit den Zahlungen aus dem Globalisierungsfonds leistet die EU ihren Beitrag, um entlassenen Mitarbeitern wieder möglichst schnell eine Perspektive zu geben. Dazu sind Umschulungen und Fortbildungen nötig, die jetzt mit Hilfe von EU-Geldern finanziert werden können".

Online-Muster für die Erstellung eines kommunalen Aktionsplans für nachhaltige Energie

Dieses neue interaktive Instrument, entwickelt im Auftrag des EU-Bürgermeisterkonvents, soll den Kommunen die Reduzierung ihrer CO₂-Emissionen erleichtern.

Das Online-Muster, das den Kommunen bei der Gliederung und Präsentation ihrer Aktionspläne und Referenz-Emissionsinventare hilft, steht unentgeltlich zur Verfügung. Die Unterzeichner des Konvents sollen nun dieses Online-Muster ausfüllen und zu diesem Zweck Angaben zu ihrer Gesamtstrategie, zu den Einzelheiten ihrer Emissionsinventare und zu den Maßnahmen ihrer Aktionspläne für nachhaltige Energie machen. Die zentralen Informationen der Aktionspläne werden anschließend öffentlich zugänglich gemacht. Im Bürgermeisterkonvent haben sich mehr als 700 Bürgermeister verpflichtet, ihre CO₂-Emissionen über das EU-Einsparziel von 20% hinaus zu reduzieren.

Genauigkeit der Satellitennavigation in Europa verbessert

Mit der offiziellen Aufnahme des Betriebs des Navigations-Ergänzungsdienstes EGNOS am 2. Oktober ist die Ortungsungenauigkeit der derzeitigen GPS-Signale von circa 10m auf 2m verringert worden. EGNOS ist ein für Unternehmen und Bürger unentgeltlicher erster Beitrag zur Satellitennavigation und ein Vorläufer des globalen Satellitennavigationssystems Galileo, das die EU derzeit entwickelt. EGNOS bietet große Vorteile im Bereich der automatischen Mauterhebung und nutzungsabhängigen Versicherungsregelungen im Verkehr. Ein weiterer Pluspunkt ist die Unterstützung präziserer persönlicher Navigationsdienste wie beispielsweise Blindenführungssysteme. Angewendet werden kann es auch im Agrarsektor für hoch präzisierte Düngung.

Maßnahmen zum Bürokratieabbau können jährlichen 40 Mrd. EUR einsparen

Das ist das Ergebnis des 2. Berichts der sog. Stoiber-Gruppe, deren Arbeit vom Kommissionspräsidenten zur Chefsache erklärt und gleichzeitig um 2 Jahre bis 2012 verlängert wurde. Der Bericht enthält u. a. folgende Vorschläge:

- kleinere Betriebe (bis zu 10 Mitarbeiter) sollen von der Pflicht befreit werden, Jahresabschlüsse vorzulegen und sich einer Rechnungsprüfung zu unterziehen
- Finanzämter sollen zukünftig elektronische Rechnungen akzeptieren
- Handwerksbetriebe sollen beim Transport von Arbeitsmaterialien erst ab einer Entfernung von 150 km verpflichtet werden, einen kostspieligen Tachografen einbauen zu müssen, der über Ruhezeiten Auskunft gibt
- die Gesetzesfolgenabschätzung für neue Richtlinien und Verordnungen sollen nicht mehr von der Kommission selbst, sondern von einem unabhängigen Europäischen Normenkontrollrat durchgeführt werden.

Pressemitteilungen

1.) Deutschland erhält erstmals Mittel aus EU-Globalisierungsfonds

Nach dem einstimmigen Votum im Haushaltsausschuss hat sich heute auch das Plenum des Europäischen Parlaments mit großer Mehrheit dafür ausgesprochen, Mittel aus dem EU-Globalisierungsfonds für die Mitarbeiter des ehemaligen Nokia-Werkes in Bochum bereitzustellen. "Die Europäische Union stellt damit fast 5,6 Millionen Euro für die von der Werksschließung im vergangenen Jahr betroffenen über 1.300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verfügung. Diese Gelder sollen insbesondere für Umschulungs- und Wiedereingliederungsmaßnahmen verwendet werden", erklärte der verantwortliche Parlamentsberichterstatter Reimer Böge heute nach der Abstimmung in Brüssel.

Deutschland erhalte damit erstmals Hilfen aus dem 2006 eingerichteten Fonds, nachdem ein entsprechender Antrag von der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen gestellt und von der Bundesregierung unterstützt worden war. "Die Europäische Union erkennt damit an, dass es sich bei der Schließung des Bochumer Nokia-Werkes um eine globalisierungsbedingte Entscheidung handelte. Das heutige Votum zeigt zudem deutlich, dass Solidarität keine Einbahnstraße aus, sondern auch für Deutschland als größtem Nettozahler in der Europäischen Union gilt", betonte Böge.

Der CDU-Europaabgeordnete, Mitglied im Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments, wies ferner darauf hin, dass die Vergabe von Mitteln aus dem Globalisierungsfond strengen Anforderungen unterliege. So müssten die Antragsteller glaubhaft nachweisen, dass es sich bei Standortverlagerungen tatsächlich um globalisierungsbedingte Umwälzungen handele. "Dies war bei Nokia in Bochum nicht allein wegen der Eröffnung eines neuen Werks in Rumänien, also innerhalb der Europäischen Union der Fall, sondern auch deshalb weil der Konzernverbund im Zuge weiterer Umstrukturierungen zusätzliche Produktion nach Asien verlegt hatte", so Böge. Ferner müssten bestimmte Fristen und zusätzliche Kriterien wie die betroffene Zahl der Mitarbeiter und das regionale Umfeld bei der jeweiligen Standortschließung berücksichtigt werden: "Dies war in Bochum durch die schnelle Reaktion der Politik und aufgrund eines Umfangs von mehr als 1000 Entlassungen in einem vom Strukturwandel besonders betroffenen Gebiet gegeben. Da es sich bei der Mehrzahl der Betroffenen um angelernte Arbeitskräfte handelte, setzen die von der EU unterstützten Maßnahmen deshalb an der richtigen Stelle an, nämlich vor allem bei der Weiterqualifizierung und der Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt".



Reimer Böge stellt im Haushaltsausschuss seinen Bericht zum EU-Globalisierungsfonds für die Mitarbeiter des ehemaligen Nokia-Werkes vor.

(Bild: EVP-Fraktion)

2) Neuer Europäischer Auswärtiger Dienst und Haushalt 2010 – Plenum des Europäischen Parlaments legt Position für Verhandlungen fest

Das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) in Straßburg nahm heute zwei Dossiers von besonderer haushaltspolitischer Bedeutung an:

Am Donnerstag stimmte die überwältigende Mehrheit der Abgeordneten für den Entschließungsentwurf (Bericht Brok) zum neu einzurichtenden Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD). Damit hat das Parlament seine Position vor dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs am Ende des Monats in Brüssel grundsätzlich festgelegt. „Zu einer umfassenden parlamentarischen Kontrolle gehört auch die Zuständigkeit des Europäischen Parlaments als Teil der Haushaltsbehörde über das Budget des EAD“, so der CDU-Europaabgeordnete Reimer Böge, Mitglied im Haushaltsaus-

schluss. Dazu müsse der EAD als eigenständige Dienststelle in organisatorischer und haushalts-technischer Hinsicht in die Verwaltungsstruktur der Kommission eingegliedert werden. "Nur so kann eine vollständige Transparenz gewährleistet werden" erklärte Böge.

Weiter betont Böge, dass bei Vertragsänderungen, also auch bei der Errichtung des EAD, eine Anpassung der Interinstitutionellen Vereinbarung über die Haushaltsdisziplin und die wirtschaftliche Haushaltsführung **einvernehmlich** vorzunehmen ist. "Der Grundsatz der Aufgliederung der operativen Ausgaben und der Verwaltungsausgaben sollte streng beachtet werden. Bezüglich der künftigen Vorschläge der Kommission zur Änderung der Haushaltsordnung und des Beamtenstatuts muss eine Einigung mit dem Parlament gefunden werden. Dies gilt auch für die notwendige Neuverhandlung sämtlicher Vereinbarungen über die Finanzierung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik".

"Der Hohe Vertreter, der gleichzeitig Vizepräsident der EU-Kommission sein wird, ist damit aufgefordert, einen Vorschlag für einen Beschluss über die Organisation und die Arbeitsweise des EAD auszuarbeiten. Diesen Vorschlag wird das EP dann auch auf die finanziellen Aspekte im Rahmen des Haushaltsverfahrens prüfen. Bei allen Fragen empfiehlt es sich frühzeitig, eine politische Einigung mit dem Europäischen Parlament herbeizuführen, um zu vermeiden, dass nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon aufgrund politischer Kontroversen über die Ausgestaltung des EAD wertvolle Zeit verloren geht." **Böge wird auch in dieser Wahlperiode als ständiger Berichterstatter des Haushaltsausschusses für den mehrjährigen Finanzrahmen und die Interinstitutionelle Haushaltsvereinbarung verantwortlich sein.**

Ebenfalls am Donnerstag stimmte das EP in erster Lesung über den EU-Haushalt 2010 ab. Vorgesehen sind 139,7 Milliarden Euro an Verpflichtungen und 126,6 Milliarden Euro an Zahlungen. Wie Böge erläutert, fordert der Haushaltsausschuss für den von der EU-Kommission verwalteten Haushalt unter anderem eine bessere und einfachere Durchführung der Strukturfonds. Eine weitere Priorität ist die Verstärkung der Energiesicherheit durch einen gezielten Ausbau von Energiequellen und Transportrouten wie zum Beispiel die Gaspipeline Nabucco. Betont wird zudem die Notwendigkeit eines ausreichenden Haushalts für den Schutz der Außengrenzen, den Zivilschutz und den Kampf gegen Terrorismus. Die Restfinanzierung des "Konjunkturprogramms" (2,4 Milliarden Euro) bei dem es insbesondere um Energienetze und die Breitbandverkabelung im ländlichen Raum geht, steht noch aus. Zusammen mit dem Konjunkturprogramm beläuft sich der EU-Haushalt auf 141,74 Milliarden Euro an Verpflichtungen und 127,46 Milliarden Euro an Zahlungen.

Darüber hinaus sollen Landwirte zusätzlich unterstützt werden. "Wir haben umfassende Mittel für 2010 beschlossen, die den Landwirten in der jetzigen schwierigen Lage, besonders am Milchmarkt, helfen sollen. Im Gegensatz zu anderen Fraktionen, hat die EVP-Fraktion bei der Höhe des einzurichtenden Milchfonds immer den Sinn für die Realität und finanzielle Disziplin gewahrt sowie die geltenden Verordnungen respektiert", sagte Böge weiter. "So konnten wir unsere Forderung nach einem Milchfonds in Höhe von 300-Millionen Euro durchsetzen und den Widerstand der EU-Kommission aufbrechen. Hinzu kommen 449 Millionen Euro an "Erstattungen für Milch und Milchprodukte", 38 Millionen Euro für Milchpulver, 60 Millionen Euro für Butter, sowie 84 Millionen Euro für unsere Schulmilchprogramme. Gegenüber 2009 werden also zusätzliche Mittel von weit über 800 Millionen Euro für den Milchmarkt zur Verfügung gestellt. Damit lösen wir nicht die aktuellen Probleme, aber wir tun das haushaltspolitisch Mögliche für das Haushaltsjahr 2010".

Abschließend forderte Böge: „Mit diesen Plenarentscheidungen ist das Europäische Parlament einen weiteren Schritt auf dem Weg zur Bekämpfung der Krise und zur Umsetzung des Lissabonvertrages gegangen. Nun liegt es an Rat und Kommission, bei den kommenden Haushaltsverhandlungen am 19.11.2009 diese Notwendigkeiten anzuerkennen. Die Integration der Lissabonthemen in den Haushalt wird dann über einen Nachtragshaushalt geklärt werden".

3.) Kommission und Rat stellen Ostseestrategie im Europäischen Parlament vor

Die heute von Kommission und Rat im Europäischen Parlament (EP) in Straßburg vorgelegte Ostseestrategie findet die Zustimmung der beiden norddeutschen CDU-Europaabgeordneten Reimer Böge (Schleswig-Holstein) und Werner Kuhn (Mecklenburg-Vorpommern). "Der Zeitplan der schwedischen Präsidentschaft ist ehrgeizig", so die Abgeordneten anerkennend. "Die Strategie und der dazugehörige Aktionsplan sollen bereits auf dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs im Oktober in Kraft gesetzt werden. Positiv ist, dass die aktuellen Probleme und Herausforderungen des Ostseeraums in der Strategie klar angesprochen und mögliche Lösungswege durch die Zusammenarbeit aller 8 europäischen Anrainerstaaten und Russland aufgezeigt werden." Aufgrund des engen Zeitplans wird das Europäische Parlament seine Stellungnahme in Form eines Initiativberichts erst nach dem Gipfel erarbeiten. Den in der Strategie angesprochenen vier thematischen Säulen stimmen Böge und Kuhn zu: In Zukunft müsse ökologische Nachhaltigkeit mit dem wirtschaftlichen Wachstum der Region Hand in Hand gehen. Die Attraktivität und Erreichbarkeit durch die Schaffung besserer Verkehrsverbindungen müsse genauso ausgebaut werden, wie ein besseres Notfallmanagement, das Antworten auf die wesentlichen Fragen der Energie- und Umweltsicherheit biete. Einhellig lobten die norddeutschen CDU-Politiker den makro-regionalen Ansatz der Strategie, da er keine zusätzlichen Rechtsvorschriften oder Einrichtungen vorsähe, sondern sich subsidiär alleine auf den Willen der Mitgliedstaaten und Regionen stütze, gemeinsam die größten Probleme anzugehen.

"Die EU unterstützt durch ihre Kohäsionspolitik und andere Finanzmittel die Ostseestrategie", so Böge. "Im Mehrjährigen Finanzrahmen 2007-2013 haben wir für die ökologische Nachhaltigkeit 9,8 Mrd. € vorgesehen. Davon 3,1 Mrd. € für die Abwasserbehandlung. Für die Wettbewerbsfähigkeit 6,7 Mrd. € und für Projekte der Erreichbarkeit und Infrastruktur im Ostseebereich insgesamt 27,1 Mrd. €." Weiter haben Böge und Kuhn, um die öffentliche Wahrnehmung zu steigern, zum Haushaltsentwurf 2010 des Rates einen Änderungsantrag eingebracht, der für eine 'vorbereitende Maßnahme' der Informationspolitik zur EU-Ostseestrategie 2 Mio. € vorsehe. Mit Blick auf die Wirkung der Ostseestrategie für Schleswig-Holstein ergänzt Böge: "Ökologische Nachhaltigkeit unter gleichzeitiger Beachtung des wirtschaftlichen Wachstums in Schleswig-Holstein muss auch gelten für: die gemeinsame Fischereipolitik, mit Blick auf den Kommissionsvorschlag zur Novelle der EU-Kontrollverordnung und die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik, sowie für europäische Infrastrukturprojekte, wie die Fehmarnbeltquerung, die Schifffahrt und Projekte der Regionalplanung und insbesondere der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit."

"An den ca. 8000 km Ostseeküste leben mit 100.000 Mio. Menschen knapp 1/5 der gesamten EU-Bevölkerung", so Böge und Kuhn abschließend. "Mit der neuen Strategie und der finanziellen Unterstützung der EU wird die Ostseeregion auf lange Sicht wirtschaftlich profitieren und damit auch in Zukunft eine der lebenswertesten Regionen in Europa bleiben".

Terminauswahl:

01.09.2009	Treffen des CDU/CSU-Gruppenvorstands, Brüssel
01.09.2009	Sitzung des Haushaltsausschusses, Brüssel
03.09.2009	Arbeitsfrühstück mit dem nordrhein-westfälischen Minister Uhlenberg, Brüssel
04.09.2009	Landesbauerntag, Rendsburg
08.09.2009	Treffen des CDU/CSU-Gruppenvorstands, Brüssel
10.09.2009	Gespräche im Hanse-Office, Brüssel
11.09.2009	Gespräch mit Krabbenfischer, Büsum Abendveranstaltung CDU –Ortsverband Stuenborn
14.-17.09.2009	EP-Plenartagung, Straßburg
18.09.2009	5-Ländertreffen der Senioren-Union, Fredeburg
14.09.2009	Sitzung des Haushaltsausschusses, Straßburg
15.09.2009	Fraktionssitzung, Straßburg
20.09.2009	Herbstspektakel der CDU Schleswig-Holstein, Wildpark Eekholt
27.09.2009	Bundes- und Landtagswahl
28.09.2009	Sitzung des Haushaltsausschusses, Brüssel
30.09.2009	Gespräch mit Bundestagspräsidenten Herr Prof. Dr. Lammert, Brüssel

30.09.2009	Konstituierende Sitzung der Australien- und Neuseelanddelegation, Brüssel
01.10.2009	Gespräch mit Vertretern der deutschen Genossenschaftsorganisationen, Brüssel
02.10.2009	Sitzung des erweiterten Landesvorstandes, Kiel
05.10.2009	Treffen mit dem zyprischen Botschafter, Brüssel
06.10.2009	Treffen mit Landrat Dr. Grimme, Brüssel
07.10.2009	Treffen mit dem Verband der Landwirtschaftskammern, Brüssel
07.10.2009	Treffen mit Klaus Welle, Generalsekretär des Europäischen Parlaments, Brüssel
08.10.2009	Sitzung des Haushaltsausschusses, Straßburg
09.10.2009	Geschäftsführender- und erweiterter Landesvorstand, Rendsburg
12.10.2009	Jahrestreffen der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Tierzüchter, Brüssel
13.10.2009	Interview für "Deutsche Welle" (bulgarische Redaktion), Brüssel
14.10.2009	Gespräch mit Deutschen Bauernverband, Brüssel
15.10.2009	Parlamentarisches Frühstück mit Ministerpräsident Böhmer, Brüssel
15.10.2009	Treffen mit dem neuseeländischen Botschafter, Brüssel
19.10.2009	Treffen des CDU/CSU-Gruppenvorstands, Straßburg
19.-22.10. 2009	EP-Plenartagung Straßburg
20.-21.10.2009	Treffen mit Besuchergruppe aus Schleswig-Holstein, Straßburg
20.10.2009	Abstimmung zum Europäischen Globalisierungsfonds für Nokia-Mitarbeiter (Berichterstatter Reimer Böge), Straßburg
21.10.2009	Treffen mit Beamten des EP aus Luxemburg, Straßburg
22.10.2009	Abstimmung zum neuen Europäischen Auswärtigen Dienst und Erste Lesung des Haushaltes 2010 im Plenum, Straßburg
24.10.2009	Landesparteitag, Husum
30. 10.2009	Gespräch im Wirtschaftsministerium, Kiel Besuch der St. Marien Kirche, Bad Segeberg Festrede im Rahmen der zentralen Einschreibungsfeier der Kreishandwerkerschaft , Lübeck

Für weitere Informationen:

<http://www.reimerboege.de>

<http://www.epp-ed.eu/home/de/default.asp>

<http://www.europarl.ep.ec/>

Impressum:

Verantwortlich i.S.d.P. für diese Seiten:

Peter Steven

Tel: 00322/ 2845326

Fax: 00322/ 2849326

Email:reimer.boege-

assistant@europarl.europa.eu

Internet: <http://www.reimerboege.de>

Europäisches Parlament
Rue Wiertz - ASP 15 E 169
B - 1047 Brüssel

Tel: 0032-2-2845326
Fax: 0032-2-2849326
Email: rboege@europarl.eu.int

Europabüro Reimer Böge, MdEP
CDU-Landesverband
Sophienblatt 44-46
D - 24114 Kiel

Tel.: 0431-6 60 99 25
Fax: 0431-6 60 99 27
Email: info@reimerboege.de
Internet: www.reimerboege.de